

## **Wenig überzeugendes Sammelsurium wirtschaftspolitischer Forderungen**

### **Schriftliche Stellungnahme für die Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages zum Antrag der Fraktion der FDP Zurück zu alter Stärke – Die Zukunft der deutschen Exportwirtschaft sichern (Drucksache 19/28767)**

**am 5. Mai 2021**

von

**Prof. Dr. Achim Truger**  
Professur für Sozioökonomie  
mit Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen  
Institut für Sozioökonomie  
Universität Duisburg-Essen,

Mitglied des Sachverständigenrates  
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung<sup>1</sup>

#### **1. Einleitung**

Der Antrag der FDP-Fraktion nimmt die Corona-bedingte Schwäche der deutschen Wirtschaft zum Anlass, um Besorgnis insbesondere bezüglich der deutschen Exportwirtschaft zu äußern und wirtschaftspolitische Forderungen hinsichtlich der Stärkung von Exporten und Außenhandel sowie allgemeinerer Natur zu erheben. Im Folgenden wird auf einige ausgewählte Argumente und Forderungen kurz eingegangen.

#### **2. Deutsche Exporte sind Motor der Erholung bei schwacher Binnenkonjunktur**

Im Antrag wird der im Einstieg genannte Bezug der Corona-bedingten Schwächen der deutschen Wirtschaft zum Kernthema des Antrags, der Exportstärkung, nicht wirklich deutlich. Es stimmt, dass der SVR (2021) in seinem Konjunktur-Update im März 2021 nur eine Wachstumsrate des realen BIP von 3,1% vorhergesagt hat. Es stimmt auch, dass der einige Monate eher schleppende Impffortschritt die Erholung der deutschen Wirtschaft gebremst hat. Allerdings ist völlig unklar, ob „schlechte Investitionsbedingungen“ und die angeblich „zunehmende Missachtung marktwirtschaftlicher Prinzipien“ in Deutschland tatsächlich die gegenüber den USA oder China schwächere Erholung erklären können. Vor allem aber sind gerade die Exporte in der SVR-

---

<sup>1</sup> Der Autor vertritt seine persönliche Meinung, die nicht notwendigerweise derjenigen des Sachverständigenrates entsprechen muss.

Prognose mit einem realen Wachstum von 10,7% im Jahr 2021 eine besondere Stütze der deutschen Wirtschaft. Gemäß Gemeinschaftsdiagnose (GD 2021) ist das prognostizierte Exportwachstum der deutschen Wirtschaft mit 11,7% deutlich stärker als im Euroraum mit 9,9% und den USA mit 8,1%. Spiegelbildlich ist die prognostizierte Expansion der inländischen Verwendung in den USA viel stärker als in Deutschland. Die Coronakrise belastet aufgrund der notwendigen gesundheitspolitischen Einschränkungen tatsächlich vor allem die deutsche Binnenwirtschaft. Insofern ist unklar, welchen Bezug die aktuelle relative Wirtschaftsschwäche zur Exportwirtschaft aufweisen soll.

### **3. Kritik am Lieferkettengesetz unbegründet**

Die im Antrag formulierte Kritik, „der von der Bundesregierung vorgeschlagene nationale Alleingang beim Lieferkettengesetz [drohe] vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit zusätzlicher Bürokratie zu belasten ohne die globalen Produktionsbedingungen zu verbessern“, ist offensichtlich unbegründet, da das Gesetz zunächst lediglich große Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten, später auch mit 1000 Beschäftigten, betrifft. Für diese Unternehmen kommt eine Studie im Auftrag der EU-Kommission (Smit et al. 2020) zu dem Ergebnis, dass die Kostenbelastung umfangreicher due diligence-Maßnahmen lediglich bei 0,005% des Umsatzes liegen würde.

### **4. Naive Förderung von Freihandel problematisch**

Der Antrag spricht sich unter anderem für eine Reihe von Freihandelsabkommen aus. Allerdings wurden die makroökonomischen Auswirkungen solcher Abkommen in der Vergangenheit durchaus überschätzt. Zudem sollten verteilungs- und umweltpolitische Einwände gegen Freihandelsabkommen grundsätzlich ernstgenommen und als legitimer Ausdruck von EU-Präferenzen angesehen werden.

### **5. Kosmetische Maßnahmen der Handelspolitik zweifelhaft**

Die stärkere Verankerung der Handelspolitik in der Exekutive ist ein legitimes Ziel. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Umbenennung des Wirtschaftsministeriums oder die Aufwertung oder andere Besetzung von vorhandenen Stellen über einen kosmetischen Effekt hinaus tatsächlich einen realen Effekt haben können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass wesentliche Teile der Handelspolitik auf EU-Ebene entschieden werden.

### **6. Steuersenkungsvorschläge kaum finanzierbar und kontraproduktiv**

Die Forderung nach Begrenzung des Gesamtsozialversicherungsbeitragssatzes auf 40% sowie nach Steuersenkungen (Komplettabschaffung des Solidaritätszuschlages, Senkung der Unternehmenssteuerbelastung) stellt eine finanzpolitische Hochrisikostategie dar. Die FDP (2021) hat sich im Entwurf ihres Wahlprogramms mittelfristig für dauerhafte jährliche Steuersenkungen im Umfang von deutlich mehr als 100 Mrd. Euro ausgesprochen, bei gleichzeitiger Forderung nach einem „Tilgungsturbo“ für die Coronaschulden.

Die im Antrag formulierten Steuersenkungen dürften schon kurzfristig mindestens Einnahmeausfälle von 20 bis 40 Mrd. Euro zur Folge haben. Die in den Eckwerten der Haushaltsplanung der Bundesregierung (BMF 2021) zum Ausdruck kommende, bis zum Jahr 2025 aufwachsende finanzpolitische Deckungslücke von 15 Mrd. Euro, würde durch das FDP-

Konzept nochmals erheblich verschärft. Zur Finanzierung blieben letztlich nur Steuererhöhungen an anderer Stelle oder Ausgabenkürzungen in erheblichem Umfang und mit makroökonomisch schädlicher Wirkung. Hierzu fehlen allerdings von Seiten der FDP konkrete Vorschläge.

Gravierende Steuersenkungen, die aufgrund der Defizitvorgaben von Schuldenbremse oder europäischen Fiskalregeln ähnlich wie von 2003 bis 2007 zu starken Ausgabenkürzungen führen, würden neben der schlechten Wachstums- und Beschäftigungswirkung auch die gravierenden Leistungsbilanzungleichgewichte Deutschlands perpetuieren (Behringer et al. 2020).

## **Literatur**

Behringer, J., Truger, A., & van Treeck, T. (2020). How to reduce Germany's current account surplus? Forum New Economy Working Papers No. 8/2020, Berlin.

BMF [Bundesministerium der Finanzen (2021)]: Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 und zum Finanzplan 2021 bis 2025, Berlin.

FDP [Freie Demokratische Partei] (2021): Nie gab es mehr zu tun: Programmentwurf der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021, <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2021/04/16/programmentwurf-nie-gab-es-mehr-zu-tun-2.pdf>

GD [Gemeinschaftsdiagnose] (2021): Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremst Wachstum, Essen.

Smit, L. et al. (2020): Study on due diligence requirements through the supply chain. Final Report. EUROPEAN COMMISSION, Directorate-General for Justice and Consumers Directorate— A — Civil and Commercial Justice Unit— A.3 — Company Law, Brussels.

SVR [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung] (2021): Konjunkturprognose 2021 und 2021, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.